

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten-Verlag  
Hauptredaktion: 25 241.  
Telefon-Nachrichtendienst: 20 011.

Bezugs-Gebühr: 1.00 M. pro 10 Bogen. Einmalige Bezahlung 10 M. pro 10 Bogen. Einmalige Bezahlung 10 M. pro 10 Bogen. Einmalige Bezahlung 10 M. pro 10 Bogen.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsbüro:  
Markstraße 38/40.  
Telefon-Nachrichtendienst: 20 011.

Feurich  
Flügel

Ersten  
Ranges

JULIUS FEURICH  
Planohandlung G. m. b. H.

Ersten  
Ranges

Feurich  
Pianos

Verkaufsort: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Book)

## Frankreichs Antwort auf die Reichstagswahl.

Der offiziöse „Temps“ kündigt eine noch schärfere Politik gegen Deutschland an.

Auffehererregende Ergebnisse der Sausuchung bei der russischen Handelsvertretung in Berlin.

Die Deutschnationalen als stärkste Fraktion des neuen Reichstages.

### Drei französische Fragen an die Deutschnationalen.

Paris, 6. Mai. Zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen schreibt der „Temps“: Mit etwa 180 Abgeordneten in einem Reichstage von einigen 470 Sitzen stellen die beiden reaktionären Parteien zweifellos eine gefährliche Minorität dar. Man könnte ohne weiteres gegen solche Minderheiten regieren, wenn sämtliche übrigen Parteien fähig wären, sich auf gemeinsame Grundzüge zu einigen. Leider stellt sich heraus, daß dieses allgemeine Einverständnis unmöglich sei, und zwar deshalb, weil die Kommunisten drei Fünftel der Stimmen erhalten hätten, die 1920 den Unabhängigen zugefallen waren. Daraus ausgehend vertritt der „Temps“ die Auffassung:

Daß Frankreich nichts anderes übrig bleibe, als eine noch schärfere Politik als bisher gegen Deutschland zu treiben.

Der Verfasser des Beitrags habe Frankreich die Nachteile der interaktierten Finanzpolitik aufzuzählen. Frankreich sei seit Jahren gezwungen, die beschränkte Rolle des unbegleiteten Gläubigers zu spielen, der die übrigen Gläubiger ermahne, den sämtlichen Schulden zu exekutieren. Durch dieses undankbare Verfahren ginge und gar in Anspruch genommen, sei die französische Diplomatie behindert worden bei ihrer Aufgabe, andere Teile des französischen Nationalgutes zu verteidigen. Wäre es nun möglich, hinsichtlich der französischen Sicherheit die üblichen Erfahrungen noch einmal zu machen, die man in der Frage der französischen Reparationen hinter sich habe? Würde man vielleicht Frankreichs Grenzen garantieren, wenn man sich den Anschein gebe, als setze man einem deutschen Nationalismus einen französischen Nationalismus gegenüber?

Die Frage sei: Ist die Deutschnationale Partei jetzt bereit, sich einer ähnlichen Entwicklung zu unterziehen, wie sie die Deutsche Volkspartei seit 1920 durchgemacht hat? Wird sie nun Anteil an der Verantwortung des Regierens übernehmen? Wird sie sich verpflichten, die Empfehlungen der Sachverständigen auszuführen?

Nur die Deutschen können diese Fragen beantworten! Wir legen Wert darauf, denn wir legen Wert darauf, kein Vorurteil zu hegen!

„Journal des Débats“ schreibt: Die außenpolitische Lage beherrscht die ganze Situation. Die Rechte habe die Wahlkampagne mit einem Widerstandsprogramm geführt. Es frage sich, ob sie es wagen wird, dieses auch vor dem Reichstag zu vertreten. Die dortigen Politiker müßten jetzt erklären, ob sie den Sachverständigenplan annehmen, ob sie sich verpflichten, ihn in allen Teilen durchzuführen und ob sie die entsprechenden Gesetze zur Annahme bringen wollen. Was Frankreich anlangt, so bleibe es bei seiner im vergangenen Jahre angenommenen Position, aus der es sich nicht werde vertreiben lassen. (W. L. B.)

### Die angelsächsische Presse und die deutschen Wahlen.

Das Blatt Lloyd Georges ist erkannt, daß die Wahlen nicht noch viel reaktionärer ausgefallen sind.

Reaktionäre unserer Berliner Schriftstellers. Berlin, 6. Mai. Nach Nachrichten aus Amerika richtet sich das Hauptinteresse sowohl in Washington als auch in den New Yorker Büros auf den Wahlausfall in Deutschland und die daran geknüpften Kombinationen. Das Hauptgewicht wird dabei hauptsächlich auf die Frage nach dem Schicksal des Dawes-Guthrie's gelegt. Wieviel sagt man jetzt, die Rechte habe noch nicht genug gewonnen, um das Schwergewicht in den Bereich der nationalen Parteien zu legen zu können. Man treibe vor der Entscheidung, ob Barerblock oder Große Koalition. Auch die englische Presse beschäftigt sich in langen Leitartikeln mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen. Das Regierungsblatt, der „Daily Herald“, meint, die Sache sei noch nicht so schlimm abgelaufen und erwartet einen Regierungsbund der Reichsparteien. Das Blatt hofft, daß die Nationalisten ihre Tendenzen zurückstellen, damit sie in die Regierung eintreten und den Bericht der Sachverständigen annehmen könnten. Der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung wäre auch eine Garantie gegen jede Falschführung, da die Linke zu solchen Falschführungen nicht in der Lage wäre. „Daily Chronicle“ spricht sein Erstaunen darüber aus, daß nach Poincaré's Rücktritt die Wahlen nicht viel reaktionärer ausgefallen seien. Die Wahlen hätten doch aber ihr Gutes gehabt, indem sie zeigten, wie sehr die französischen Maßnahmen Deutschland noch recht gedrückten hätten.

### Mussolini und das neue Italien.

„Incipit vita nova“ ist in klarer Antiklassik auf einem der zahllosen Bilder Benito Mussolinis zu lesen — stolze, mutige Worte —, Mussolini scheint der Mann zu sein, dieser Verkündung Wirklichkeit und Bestand zu geben. Seit vielen Jahrhunderten hat Italien in seiner Gesamtheit kein ähnliches Schauspiel erlebt. Von Trient bis Catania beherrscht ein Begriff das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit: Patria, das heilige Vaterland. Es ist, als ob aus den Trümmern vieler Epochen uralte Empfindungen und Ideen aufstünden. Der eine Mann hat es vermocht, sie zu erwecken, ihnen neuen Sinn und freudiges Leben zu verleihen, kraft des idealen Schwunges seiner Natur, seines Willens und des Glaubens an die unsterblichen Kräfte seines Volkes. Bevor Benito Mussolini führender Staatsmann Italiens wurde, hatte er in dunklen, schweren Zeiten die Härte und Unerbittlichkeit des Lebenskampfes durchleben müssen. Er ist keine geniale Abenteurernatur, sondern eine auf konsequente Entwicklung, durch Fleiß und Strenge erzielte Persönlichkeit großen Stils, der durch die schwierigen Epochen seines Lebens mit konzentrierter Willenskraft vorwärtsging. Daß ihm das letzte nationale Ziel immer gegenwärtig gewesen wäre, ist wohl kaum anzunehmen; die Zeitumstände haben ihm dieses Ziel enthüllt, und er war der Mann danach, den hohen Wert dieses Ziels zu begreifen.

Ueber seinen ursprünglichen Beruf — er war Volksschullehrer — wuchs er früh hinaus. Er betrieb mit der Gründlichkeit seines Lebens Privatstudien, die die großen Geschicke Italiens und vor allen Dingen Nationalökonomie umfaßten. Der Krieg schmebete seinen Willen und seine Entschlossenheit — er wird von den Kameraden im Felde als Mann von großem persönlichen Mut und der damit verbundenen Verachtung der Gefahr, und Aufopferungsfähigkeit für andere geschätzt. Seine politischen Ansätze hingen eng mit dem Sozialismus zusammen. Von den Ideen dieser Zeit beherrscht ihn heute noch die eine: alles, was geschieht, muß zum Nutzen des Volkes, der Nation geschehen — der Weg zur Verwirklichung dieser Idee entspricht allerdings nicht mehr dem sozialistischen Ideal. Immer kehrt in seinen Reden und markanten Äußerungen die Anschauung wieder: wo viele die Verantwortung in einem Staatswesen teilen, hat sie keiner. Dementsprechend hat er diese Verantwortung gänzlich übernommen — in Wahrheit ist Mussolini der Herr und Gestalter des neuen italienischen Staates —, bei allem Respekt für die Monarchie und die Person des von ihm hochgehaltenen und geschätzten Königs. Seine Gegner fürchten die Tyrannei dieses Mannes, beschuldigen ihn des allzu engen Bündnisses mit dem Kapitalismus; die großen Erfolge seines Systems wagen auch sie nicht zu leugnen, obwohl sie schon jetzt prophetisch die Flammen der Revolution verkünden.

Welche Wege hat nun Mussolini in den zwei Jahren seiner öffentlichen Wirksamkeit eingeschlagen, um seine Verkündung des neuen Lebens wahrzunehmen? An dem deutschen Beobachter werden zwei Erinnerungsbilder lebendig — an den preussischen Beamten als Inbegriff des streng eingeordneten Staatsdieners und an — Schiller. Mussolini, der selbst eine ungemein große Arbeitskraft besitzt, soll mit dem Ziel Generationen überkommener Scheldrion zu überwinden, zuerst Zeit, nicht zur Freude der von seinem höchsten Born Betroffenen, fertig geworden sein. Seine kurzen ironischen Verabschiedungen unzureichender Beamter haben etwas von der Unerbittlichkeit alten Römerums. Tatsache ist, daß der Geist der Ordnung, der Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und wohlwollender öffentlicher Gerechtigkeit in den durch Staatsbeamte vertretenen öffentlichen Betrieben durchweg zu finden ist. Beamte, die durch Anwendungen irgend welcher Art zu beeinflussen wären, dürften rasch flügel bekommen. Auf gesundem und gereinigtem Boden sollen sich all die Arbeitsmöglichkeiten entwickeln, denen Mussolini unablässig seine Aufmerksamkeit und Förderung zuwendet. Er kann natürlich auch nicht 5000 mit zwei Broten sattmachen, noch jedem Wunsch gerecht werden! Die Unzufriedenheit wird auch er nicht ganz aus seinem Volk herausschaffen können, aber er hat es in hochkritischen Momenten vermocht, nicht durch haßlich funktionierendes Raubsystem zu zerören, sondern durch unermüdete Erweiterung des Arbeitsgebietes aufzubauen. Diese stille Arbeit der Reorganisation nach dem Kriege und drohenden bolschewistischen Einflüssen würde die ungeheure Beliebtheit Mussolinis in ganz Italien allein nicht rechtfertigen. Das für alle Neugierigkeiten so empfängliche Volk braucht den ganzen Menschen, dem es seine glücklichen Temperamentsbrüche, seine Wünsche und Begeisterung widmen kann. — Diesem Bedürfnis kommt

## Poincarés Mißtrauen zum Wahlergebnis.

Poincaré wird die Politik der „Wachsamkeit“ fortsetzen.

Eine Rede des französischen Ministerpräsidenten vor der französischen Handelskammer.

Paris, 6. Mai. Ministerpräsident Poincaré hat heute auf einem Bankett der französischen Handelskammer eine Rede gehalten, in der er sich zu Beginn über die Regelung der französischen Handelsbeziehungen zum Ausland äußerte. Nach dem Kriege, so erklärte er, habe Frankreich Anlauf gefunden, seine Handelsbeziehungen auf neuer Grundlage zu reorganisieren. Bis 1913 seien seine Beziehungen zum Ausland durch Verträge geregelt gewesen, die die gegenseitige Wirtschaft begünstigten und Handelsbeziehungen von durchschnittlich einem Jahre vorzusehen hätten. Seit dem Waffenstillstand habe Frankreich jedoch erkannt, daß die nationalen Wirtschaftsverhältnisse ihm für eine gewisse Zeit nicht mehr gestatteten, sich durch allzu lange Konventionen zu binden. Es habe also seine Handelsbeziehungen gekündigt und schließungsweise Verlängerungen von drei zu drei Monaten eingeführt. Doch in nächster Zukunft würde Frankreich nun zum Beispiel mit Portugal, Belgien, Japan, Australien und sogar mit Deutschland Verhandlungen beginnen. Niemals habe der französische Handel die Unterstützung der französischen Handelskammer wertvoller sein können, als bei dieser langen Reihe von internationalen Abmachungen, die für die Erholung Frankreichs von so großer Wichtigkeit seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Poincaré auf die politischen Verhältnisse zu sprechen. Seine Ausführungen waren natürlich auf die deutschen Wahlen

### die deutschen Wahlen

und auf die Wahlkampagne in Frankreich einstellt. Poincaré polemisierte gegen einen Artikel des Aba. Blum. Wenn der Verfasser und seine Freunde das Leben und die Ungerechtigkeit unter den Menschen verbinden könnten, bis auf einen Rest gegen den niemand etwas vermöge, so sagte er, dann sei auch er Sozialist. Außerdem würde er sich nicht mehr sicher fühlen, wenn der Einfluß einer internationalen Partei bei der Regelung der Reparationsfrage

sich nachdrücklich geltend machte. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich sich gern und durchs aus spontan die Entscheidung der Sachverständigen, wie sie die Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe, annehme, und daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wolle vorläufig weder, wann noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde.

Weder die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Vorläufe, ihn, Poincaré, über Deutschlands wahre Absichten zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigenentscheidungen auf Frankreich abwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, Frankreich größeres Vertrauen einzufößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und der Festigkeit zu verharren und nach wie vor entschlossen zu sein, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Aufgabe der Zahlungen zurückzuziehen.

Die, die der französischen Regierung ihr Verhalten in der Vergangenheit, bei dem sie die einmütige Zustimmung des Senats und die ungetrübte Mehrheit der Kammer gehabt habe, vorhalten, seien nicht berufen, in der Zukunft den Republikanern in der Außenpolitik ihr Verhalten zu diffundieren. Ebenfalls wie die französische Regierung im Innern sich einem Diktat unterwerfen wolle, ebenförmig wie sie geneigt sei, von irgend jemandem die republikanische Einheit hören zu lassen, ebenförmig wolle sie, daß das Schicksal Frankreichs auf außenpolitischem Gebiete auf den internationalen Konferenzen einer politischen Partei entschieden werde. Die Deutschen, die auf diesen Konferenzen häufig anzutreffen seien, beantragten die Gelegenheit zu ist, die Verantwortung ihres Landes für den Ausbruch ihres Krieges abzuwälzen, um die Revision der Friedensverträge zu erlangen und Frankreichs Sieg zu verteidigen. Die Franzosen verlangen nichts als ihr gutes Recht im Frieden, aber dieses Recht würden sie sich nicht bereden lassen. (W. L. B.)